

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 11

Artikel: Die "Nixon-Doktrin" und Europa : Bemerkungen eines Euro-Amerikaners : ein Diskussionsbeitrag
Autor: H.P.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bemerkungen eines Euro-Amerikaners

Die «Nixon-Doktrin» und Europa

Ein Diskussionsbeitrag

Der Rückzug der USA aus Europa ist unausweichlich. Weil er mit unterschiedlicher Motivierung sowohl auf der politischen Linie der gegenwärtigen Führung als auch auf dem potentiellen Kurs jeder denkbaren Alternativführung liegt, ist er die kommende Realität mit oder ohne Nixon. Das ist die Ausgangsthese unseres Gastbeitrages, der die europäischen Konsequenzen der veränderten globalpolitischen Gewichte in kühler Analyse aufzeigt.

Die Krise zwischen «Europa» und den USA vertieft sich. Durch die vermehrten Pressemeldungen ist das Thema sogar Mode geworden. Leider aber befasst sich dieser Streit nicht in erster Linie mit den finanziellen Gegensätzen, wie man es aus so vielen Kommentaren annehmen würde. Die monetären Meinungsunterschiede sind nicht ein Teil des fundamentalen Problems und sind nicht einmal symptomatisch dafür, weil solche Schwierigkeiten in einem gesunden Verhältnis immer vorkommen. Ähnliche, *erwartungsgemäss* auftauchende Unterschiede werden im politischen Leben überwunden, ohne das Grundverhältnis zu stören, falls die sonstigen Zusammenhänge positiv sind. Problemlose interstaatliche Beziehungen gibt es nicht.

Europas und Amerikas Zukunft ist miteinander verbunden. Von 1945 bis heute — und nicht mehr viel weiter — entfaltete sich unter dem «Schirm» der «US Forces Europe» eine unerhörte lange und beispiellos intensive, finanziell durch den Marshallplan angekurbelte Prosperität. Es ist dieser Erfolg, der uns zu dem heute wahrscheinlichen Wendepunkt führt.

Es war einmal

Die US-Streitkräfte hatten in Europa eine politische und eine militärische Rechtfertigung. Militärisch war die Ost-West-Grenze zu sichern, und politisch hiess es einen vor sowjetischer Einmischung gesicherten Wiederaufbau zu gewährleisten. Diese Zielsetzungen muss man als realistisch und klug bezeichnen. Logischerweise folgt aus ihnen, dass das Engagement ursprünglich zwar als langfristig, aber nicht als unbeschränkt konzipiert war.

In dieser Hinsicht ist zu bedenken: Das amerikanische Interesse in Europa — und nota bene auch anderswo — ist es nicht, die Abhängigkeit des «Bündnispartners» zu sichern, sondern dessen *Selbständigkeit* zu fördern. Die ideale Folge einer US-Präsenz ist es, eine wirtschaftlich kräftige, zur Verteidigung ihrer Souveränität fähige Gesellschaft zu hinterlassen. Zugegeben, das bedeutet für die USA einen «Vorteil», was aber nicht unbedingt ein Nachteil für Europa ist. Der totale Altruismus, falls es einen geben kann, ist eine unzuverlässige Basis der interstaatlichen Beziehungen. Die Alternative zum Altruismus ist aber nicht Ausbeutung. Ein gutes, stabiles

internationales Verhältnis beruht auf *gegenseitigen* Vorteilen.

Keine amerikanische Verpflichtung für ein unverpflichtetes Europa

Was aber das betrifft, so ist die amerikanische Europapolitik in Bankrott geraten. Europa ist zwar ein guter Handelspartner und notwendigerweise auch ein Konkurrent geworden. Aber diese Lage resultiert aus einer einseitigen Entwicklung. Zwei entscheidende negative Tatsachen sind vorhanden.

● Militärisch, ob qualitativ oder quantitativ gemessen, gibt es keine ernstesten Leistungen.

● Auf der psychologischen Ebene fallen auf: 1. der vitriolische Antiamerikanismus, 2. die Verringerung des politischen Lebenswillens.

Dabei meine ich einerseits die wirtschaftswunderbürgerliche Tendenz, die Verantwortung für die unangenehme militärische Verteidigung auf die USA zu schieben. Andererseits ist ein unbegründeter Zweckoptimismus entstanden. Dieser behauptet, für Europa gäbe es keine ernstesten Gefahren, da diese von den USA aufgefangen würden. Uebrigens könne man durch Abmachungen allein, in Hinsicht auf eine geänderte UdSSR, die Zukunft sichern.

Wenn man, um den Krenl vom eigenen «Friedenswillen» zu überzeugen, eine «unabhängige Haltung» vis-à-vis den USA zeigt — in der Praxis in der Form vom Antiamerikanismus ausgeht — um so besser. Dadurch würde sich Moskau «versichert» fühlen, wodurch sich dort die «Tauben» durchsetzen dürften. Und sollte all dieser «Realismus» doch auf Fehlurteilen beruhen, so würde ja die amerikanische Garantie operativ. In dieser Traumwelt scheint eine gefährliche Illusion entstanden zu sein. Diese ist der wachsende Glaube, dass Europa keine schweren Fehler machen könne.

Als Bilanz eines Vierteljahrhunderts wirkt das nicht allzu ermutigend. Es wäre ein Zeichen von Mangel an guter Vernunft, falls man in Washington nicht im Begriff wäre, den künftigen Kurs vom Standpunkt der nationalen Interessen aus zu bedenken. Schon längst sind Aussagen von Washington, die von Europa «mehr» verlangen, nicht leere Phrasen, sondern ernste Warnungen. Aufgrund alter Erfahrungen vermutet

man weit und breit, dass amerikanische Mahnungen, im Gegensatz zu sowjetischen, nicht allzu ernst zu nehmen sind. Diesmal aber stehen wir vor einer neuen Lage. Die alten Erfahrungen verlieren ihre Gültigkeit, weil die USA die zeitweilige Endphase einer internen Umstellung erreicht hat.

Ein Unterschied zu früher: Washington hat jetzt Optionen

Nach mehreren Jahren von Ambivalenz und Schematismus zeigt die US-Aussenpolitik eine neue Flexibilität. Betreffend China hat die USA eine ganz neue Politik begonnen. Dadurch ist eine epochemachende Wendung in die Weltpolitik eingetreten.

Es ist möglich zu argumentieren — und es wird in den massgebenden Kreisen auch getan —, dass man mit und durch China die UdSSR ebenso beeinflussen kann, wie es mit Europa der Fall wäre, wenn nur Europa bereit wäre, seine Interessen zu erkennen und diese nicht nur gegen Washington, sondern auch gegen Moskau zu verteidigen. China bildet zwar in vieler Hinsicht einen Gegensatz zu den USA und ihren Werten. Als *Staat* aber sind die Interessen in mehreren Gebieten auf dem gleichen Nenner — was auch mit Europa der Fall ist. Nur gibt es einen wesentlichen Unterschied: China erkennt das und ist entschlossen, seine Interessen zu verteidigen, wozu Europa auf der politisch-militärischen Ebene nicht bereit ist.

Da Washington Optionen hat, ist es nicht auf Europa angewiesen in einem Moment, wo Europas Wert als Freund immer fragwürdiger wird. Die Nixon-Regierung hat den bewiesenen Mut, neue politische Wege zu suchen. Immer mehr wird bei der Neuprüfung der historischen Verhältnisse die Frage nach dem Nutzwert gestellt. Ideologie, Präzedenz und Tradition zählen in den Neukalkulationen Washingtons immer weniger: heutzutage garantieren sie *nichts*.

In dieser Hinsicht ist die «Nixon-Doktrin» vielsagend. Es wäre ein Irrtum zu glauben, die Doktrin sei auf Asien beschränkt, weil eine asiatische Lage den Anlass zu ihrer Formulierung gab. Die Doktrin hat eine allgemeine Bedeutung. Ihr Kern ist: Die USA werden zwar weiterhin bereit stehen, um Nationen gegen Aggression zu unterstützen, würden aber in der Zukunft solche Verpflichtungen nicht mehr unbedingt annehmen. Man erwartet von den Alliierten ernste, ihrem *Entwicklungsniveau angepasste* Anstrengungen: die USA wird die Lasten allein nicht mehr tragen.

Die Nixon-Doktrin ist eine Mansfield-Doktrin mit umgekehrter Begründung

Auf Europa angewandt, ist die Relevanz der Doktrin klar. Sogar für Amerika ist und war (1917, 1941) Europa ohne Europäer unrettbar. Nach der Vietnamisierung Vietnams ist die Europäisierung Europas keine Absurdität. Die weitere Stationierung von US-Truppen wird militärisch kaum zur Verbesserung der europäischen Wehrbereitschaft führen. Das früher Unvorstellbare, ihr Rückzug, ist heute deswegen diskutierbar geworden.

Nicht nur das Weisse Haus erwartet von Europa die Demonstration eines politischen Lebenswillens. Auch die Opposition ist entschlossen, aus der neuen Weltlage — wie sie diese versteht —

der Vergangenheit belehrt, wendet sich sichtbar dieser Richtung zu. Aus diesem Blickwinkel Schlussfolgerungen zu ziehen. Deshalb fordert Mansfield eine drastische Beschränkung der Streitkräfte in Europa. Amerikas Parteien und Pressionsgruppen sind mehrheitlich, aber aus verschiedenen Gründen, Befürworter einer weitgehenden Truppenreduktion in Europa. Die militärische Präsenz ist ein Gesprächsthema geworden. Auch im Rahmen von TV-Shows. A propos: die Zuschauer stimmten per Post für das Desengagement. Sicher ist nur, dass Nixons Nachfolger Europa, aus Ueberzeugung oder aus innenpolitischem Zwang, räumen wird. Aber Nixon bleibt wahrscheinlich an der Pennsylvania Avenue bis 1976. Was wird er tun?

Ueber Nixons Kurs kann man nur spekulieren. Er bekämpft die Mansfield-Resolution. Dabei zeigt er aber eine Aktivitätsintensität, die weit unter dem «nixonischen Niveau» liegt.

In Kenntnis der Methoden von Nixon und Kissinger darf eine Voraussage gewagt werden. Nixon ist vom Wert der Truppen in Europa nicht mehr überzeugt. Ein einseitiger Rückzug kommt nicht in Frage. In einer bilateralen Verhandlungsrunde über globale Fragen mit der UdSSR würde er aber diese eventuell als Verhandlungsobjekte ausspielen. Das, und nicht allein der Druck auf Europa, lässt seine lauwarme Stellungnahme gegen Mansfield erklären. Der Unterschied liegt in den Zuständen und im Gewinn, den Nixon durch das Aufgeben einer nicht mehr konstruktiven Position zu erreichen hofft.

Das Ritual öffentlicher Verdammung: wirklich ein Freundschaftsdienst?

Im nichtmilitärischen Bereich häufen sich die Probleme. Störend sind die Erfahrungen à propos Vietnam. Von Europa hätten amerikanische Regierungen eine etwas positivere Haltung erwarten können. Sicherlich kann beinahe jeder Mann in Europa aus der lokalen Erfahrung feststellen, dass die USA ihre Machtpositionen nicht rücksichtslos ausnützen. Sonst wäre heute



Ein schräger Blick aufs Capitol.

dieser Dienst so schwer, dass sogar die USA unter den gegebenen Umständen sich ihn nicht Westeuropa ebenso von Washington abhängig wie Osteuropa von Moskau. Nicht der amerikanische Imperialismus, sondern die nordvietnamesische Aggression führte zur Einmischung in Indochina. Trotzdem gaben sich die europäischen Verbündeten wiederholten rituellen und demonstrativ einseitigen Verurteilungen der USA hin.

Es ist nicht notwendig, hier die «Schuld» der USA zu prüfen. Vermuten wir ihre Mitschuld. Auch in diesem Fall wäre eine zurückhaltendere Stellungnahme vis-à-vis eines historischen Freundes mit bewiesenen wohlwollenden Grundabsichten fairer gewesen. Heute ist es für Politiker vor der Öffentlichkeit unmöglich, für die amerikanische Rolle in Südostasien Verständnis zu zeigen — ironischerweise aber ist ein entsprechendes Vorgehen bezüglich der «historischen Rechtfertigung» Stalins durchaus möglich geworden. Hätten aber die «Staatsmänner» sich sofort eingesetzt, um den Verbündeten einmal Rückhalt zu geben, so wäre die heutige Lage nicht entstanden.

Weit weg von Amerika mag es scheinen, als ob die oben geschilderte Haltung nicht eine Quelle erster Störungen sein könnte. Haben Leute wie Palme, als er einen heldenhaften Kampf gegen die Babykiller Johnson und Nixon führte, nicht nur das nachgemacht, was viele Amerikaner selbst taten? Nein. Erstens sind die Personen, die ihren Friedenskampf durch Angriffe gegen US-Gesandtschaften austragen, nicht Amerikaner. Was in Kansas City vielleicht Selbstkritik ist, ist von Frankfurt aus nur gewöhnlicher Anti-amerikanismus. Sogar manche «Kriegsgegner» in den USA hatten genug Intelligenz, um so zu reagieren. Zweitens ist und war die Mehrheit in den USA mit der Aktion gegen Vietkong & Cie. einverstanden. (Unzufrieden war man zum Teil gerade mit der sinnlos zurückhaltenden Kriegsführung, die mit Ausnahme der Bombardierungen vom Dezember 1972 die Strategie bestimmte.) Die Wahlen von 1972 zeigten deutlich was Amerika denkt: selten waren die Alternativen so klar wie diejenigen, die Nixon und McGovern vertraten. Die Verurteilungen aus Europa lassen nicht nur im offiziellen Washington, sondern auch im Volk einen bitteren Nachgeschmack zurück.

Europa als Entwicklungskontinent behandeln: man darf es nicht mehr und will es nicht mehr

Die unbedingte europafreundliche Politik, die der Grundsatz des internationalen Verhaltens war, ist nicht mehr der Gegenstand eines nationalen Konsens der Amerikaner. Der Kontinent, in den die Wurzeln Amerikas zurückreichen, hat diese abgeschnitten. Das frühere Verhältnis zu Europa war ein von Emotionen und Mythen durchsaugtes Sonderverhältnis. Was zurückbleibt ist ein normales politisches Verhältnis.

Vietnam, dessen Echo, die Reaktion zu den inneren Unruhen der späten sechziger Jahre, riefen eine neue amerikanische Einstellung hervor. Ihre Wesenszüge sind in Nixon und Kissinger verkörpert — dessen persönliche Vorbilder in der Geschichte Metternich, Castlereagh, Talleyrand sind. Dieser Geist ist nüchtern, sachlich, vermeidet Illusionen. Die Öffentlichkeit, von



Der Hut hängt da; man wird ihn nehmen. (Bild: Lincolns Zylinder im Museum.)

kommt einem das Verhalten Europas in den letzten Jahren als nicht überzeugend freundlich vor: In der Zwischenzeit stieg in den USA die Bereitschaft, die Konsequenzen zu ziehen.

Ferner wirkt die deutliche Verantwortungslosigkeit Europas entmutigend. Die massgebenden Kreise, besonders die Massenmedien, plädieren für eine Nichtteilnahme an der Selbstverteidigung. Es wird entweder behauptet, dass der Widerstand hoffnungslos ist oder dass er nicht notwendig ist. Nicht notwendig deshalb, weil am Ende die Amerikaner dafür selbst sorgen müssten. So eine Einstellung hat Folgen. Als Europäer wünsche ich Europas Ueberleben in Freiheit. Als Amerikaner jedoch muys ich auf die Frage, ob es Sinn hat, unter solchen Bedingungen das Leben von Jungen aus Nebraska zu riskieren, eine konkrete Antwort geben.

Europa ist weitgehend qualifiziert, sein Schicksal selber zu entscheiden. Es ist auf einseitige Dienstleistungen — wie eine unterentwickelte Gesellschaft — nicht angewiesen. Uebrigens ist

Der Europarat und Osteuropa

VON JÜRGEN WEBER

Entwicklung, Probleme und Möglichkeiten der Osteuropa-Politik der Strassburger Organisation

400 Seiten, DIN A 5, Paperback, DM 35,-

Die vorliegende Untersuchung des an der Akademie für politische Bildung in Tutzing als Dozent tätigen Autors hat die Osteuropa-Politik von der Gründung des Europarates im Jahre 1949 bis zur Gegenwart sowie ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten zum Gegenstand. Auch der Europarat war von Anfang an in seinem Mitgliederbestand auf die westeuropäischen Staaten beschränkt, er sollte entsprechend seinem Statut eine Vereinigung parlamentarischer Demokratien zur Förderung und zum Schutz ihrer gemeinsamen Ideale und Grundsätze sein. Aufgabe des Europarates war es nicht, Ostpolitik zu treiben. Zwangsläufig jedoch stand er unter dem Einfluss der Ost-West-Beziehungen und sah sich mit den Problemen der europäischen Spaltung konfrontiert. Die in der Beratenden Versammlung geführten Diskussionen über die politischen Entwicklungen in Osteuropa und die sich daran anschliessenden Empfehlungen, schliesslich aber auch die Ueberprüfung von Kontaktmöglichkeiten und die Herstellung und Pflege direkter Beziehungen versteht der Autor unter Osteuropa-Politik. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die KSZE kommt der Studie Webers eine aktuelle politische Bedeutung zu.

EUROPA UNION VERLAG GMBH

5300 Bonn 1 - Stockenstrasse 1-5 - Postfach 643

leisten können. Den noch Unreifen zu stützen, hat etwas für sich. Einen politischen Sittenerfall zu subventionieren ist sinnlos. Ferner sind die innenpolitischen Auswirkungen enorm. Es ist noch immer möglich, Amerikaner zu mobilisieren, um einem Land in Not beizustehen. Der bisherige Beistand an Europa aber ist nicht mehr tragbar: dafür zu argumentieren macht lächerlich.

Warum die sowjetische Erbschaft beim Rückzug der Amerikaner auch nicht sicherer ist als bei ihrem Bleiben

Beschränkte amerikanische Möglichkeiten, mit einem europäischem Sybaritismus gepaart, werden wahrscheinlich zur Verschiebung der US-Verteidigungslinie nach Westen führen. Ist der Nutznieher die UdSSR? Viele bekannte Argumente sprechen dafür. Weitere Faktoren könnten in einer neuen Kalkulation in Washington ausschlaggebend sein.

Die US-Truppen in Europa genügen nicht, um eine Invasion aufzuhalten. Ihre Auswirkung auf Europa hat sich als höchst fragwürdig erwiesen. Diese Präsenz hat Europa militärisch und psychologisch nicht kräftiger gemacht — im Gegenteil! Unter den jetzigen Bedingungen würden diese Truppen wahrscheinlich für nichts aufgeopfert. Die Wirksamkeit der USA in europäischen und globalen Angelegenheiten ist nicht von den Kontingenten in Europa abhängig. Ein Rückzug, ausgenommen von Basen im «Mottensack», wird die geopolitische Lage im Vergleich zu heute nicht zu Gunsten der UdSSR umwandeln, die von den ungeliebten amerikanischen Truppen in Europa geradezu profitiert. Die Macht, die die UdSSR beeindruckt, befindet sich auf dem nordamerikanischen Kontinent, von wo aus sie einsetzbar bleiben wird.

Diese Ueberlegungen werden durch die Erkenntnis einer weiteren Tatsache unterstützt. Diplomatisch wie auch militärisch standen die USA

— auch als Vertreter der Demokratien — grundsätzlich allein, und voraussichtlich werden sie auch weiterhin allein stehen müssen. Nur eine harte, konsequent nationale Politik der USA kann Europa eventuell zum Erwachen bringen. Ein anderer Kurs verspricht keinen Erfolg, keine Vorteile gegenüber der UdSSR, nur Nachteile und erhöhte Risiken. Man muss damit rechnen, dass die USA in Zukunft zwar weiterhin eine aktive Grossmacht bleiben wird, aber, wie China und die Sowjetunion, offen auf die eigenen Machtquellen beschränkt.

Die Beweise, dass die realistische Politik nicht zu einer Impotenz gegenüber der UdSSR führt, sammeln sich. Je klarer die Entschlossenheit der Nixon-Führung, desto nachgiebiger wird der Kreml. Die blosse physische Macht, ohne den Willen, diese auszunützen, und ohne das Wissen, wie sie einzusetzen wäre, wiegt in der Politik nicht viel. Die Nixon-Regierung ist nicht die erste der USA, die Machtinstrumente besitzt, aber die erste seit langer Zeit, die bereit ist, diese auszunützen. Der Kurs, der in Europa zu erwarten ist, ist eine Phase dieses neuen Verhaltens, das aus dem Bewusstsein und der Anwendung der Stärke folgt.

Sollten die USA die Truppen in Europa als Gegenstand eines Tausches mit der UdSSR anwenden, so wird es nicht einen «Ausverkauf» bedeuten. Europas Selbstverteidigungschancen wären nicht betroffen. Ferner ist der Rückzug der US-Bodentruppen aus Europa im Austausch für Gegenkonzessionen nicht eine Parallele zu Brandts Ostpolitik. Im ersten Fall wird nichts aufgegeben, das lebenswichtig ist. Es geht um eine Konsolidation der Positionen. Zwar verlieren amerikanische Zielsetzungen an Universalität, gewinnen aber in der Definition des Wesentlichen, das dann auch konsequent verteidigt werden kann. Die Grenzen der Macht zu erkennen ist Realismus, und Realismus ist eine Voraussetzung der Stärke. Brandt verhandelte, so wie er verhandelte, nicht aus Realismus, sondern aus Schwäche. Aber Verhandlungen können die Krisen, die teilweise durch die eigene Schwäche entstehen, nicht vermeiden. Aus diesem allgemeinen Grund ist es auch ein Irrtum, die Ostverträge mit Nixons Chinapolitik zu vergleichen.

Chance für Europa? Darüber entscheidet Europa

Die obigen Bemerkungen sollten nicht so empfunden werden, als ob Europa vor dem Mattstünde. Europa ist nicht verloren, steht aber vor einer der wichtigsten Entscheidungen seiner langen Geschichte. Die Herausforderung der Stunde heisst, zur Partnerschaft mit den USA, also nicht abhängig und auch nicht von dieser getrennt, Stellung zu nehmen.

Die Schwierigkeit besteht in einer illogizistischen Haltung. In Europa ist heute der Antiamerikanismus respektabel geworden, während die Skepsis gegenüber der UdSSR geflüstert sein muss. Dies wäre aber nicht möglich, wenn Europa nicht auf der Suche nach einer beruhigenden Rechtfertigung seiner Neigung zu einer «Neutralität» wäre, die es sich kollektiv nicht leisten kann. Das Problem lässt sich auf einen Punkt reduzieren: Europas Hauptgegner sind weder die multinationalen Gesellschaften noch die Gurus des Marxismus und ihre Divisionen. Die Gefahr ist die eigene Lethargie. Kann es diese überwinden?

HPG